

Stadt Pforzheim

Nachbarschaftsgespräche
»Zusammenleben - aber wie?«



Ein Pilotprojekt des Staatsministeriums Baden-Württemberg
zur aufsuchenden Bürgerbeteiligung in Pforzheim



Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Impressum:

Herausgeber:
Stadt Pforzheim
Marktplatz 1
75172 Pforzheim

Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Broschüre „Nachbarschaftsgespräche“:
Ulrich Arndt
Scholastika Sandra Dienger
Markus Heffner
Ulrike Huzel
Hannes Wezel

Gestaltung:
Boxfisch Design | Antje Thürigen
www.boxfisch-design.de

Bildquellen:
Stadt Pforzheim
Staatsministerium Baden-Württemberg

Stand:
November 2017

Grußwort Staatsministerium (Staatsrätin Gisela Erler)	4
Grußwort Stadt Pforzheim (Sozialbürgermeisterin Monika Müller)	6
Plädoyer „Die Wiederentdeckung der Nachbarschaft“	8
Das Prinzip der Zufallsbürger	10
Die einzelnen Phasen der Nachbarschaftsgespräche	12
Interview mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann	28
Bewertung der Nachbarschaftsgespräche	30
Beispiele, Themen, Antworten und Ergebnisse der Nachbarschaftsgespräche	34
Die Top 10 für gelingende Nachbarschaftsgespräche	36
Nachbetrachtung von Prof. Dr. Frank Brettschneider	38



Baden-Württemberg

Grußwort Staatsministerium

Frau Staatsrätin Gisela Erler



Das Land Baden-Württemberg hat die drei Städte Pforzheim, Mannheim und Freiburg als Modellstandorte ausgewählt, um mit ihnen beispielhaft eine neue Art von Dialogen durchzuführen. Ziel dabei war, zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern sowie bereits engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die bisher nicht ausreichend gehört und erreicht wurden, eine Stimme zu geben und für sie neue Möglichkeiten zu schaffen, sich an der aktiven Gestaltung des Zusammenlebens in ihrem jeweiligen Stadtteil, also dem unmittelbaren Lebensumfeld, zu beteiligen.

Als Fundament für diese Gespräche dient das Prinzip des Zuhörens und Gehörtwerdens. Neu daran ist, dass die Menschen der vermeintlich unnahbaren Politik und Verwaltung in ihrem direkten Lebensumfeld und ihren Nachbarschaften in kleinem Kreis begegnen können und eben nicht erwartet wird, dass sie dafür zu zentralen und großen Veranstaltungen gehen.

Aus diesem Gedanken heraus sind die Nachbarschaftsgespräche entstanden.

Vorausgegangen sind diesem neuen Beteiligungsformat insgesamt 48 Kommunale Flüchtlingsdialoge (KFD), zu denen wir zwischen April 2016 und Juni 2017 im ganzen Land eingeladen haben. Die Intention dabei war, auf die Ankunft von Geflüchteten partizipativ zu reagieren. Sprich: Alle beim Integrationsprozess relevanten Akteure sollen an der großen gesellschaftlichen Aufgabe der Integration beteiligt werden, jeder soll eingebunden sein und die Möglichkeit haben, seine Meinung zu vertreten.

Wie wichtig es ist, eine solche Plattform zu schaffen, spiegelt sich in der zentralen Erkenntnis der KFD wider: Die Nachbarschaftsgespräche wurden im Kreis der ehrenamtlich Engagierten als große Wertschätzung und wichtiges Instrument für die eigene Stand-



ortbestimmung empfunden. Der anfangs beschriebene Anspruch, auch Menschen mit Sorgen und Ängsten zu beteiligen, konnte auf diesem Weg allerdings nur teilweise erreicht werden.

Aufgrund dieser Erfahrung haben wir die Nachbarschaftsgespräche entwickelt, um im Rahmen eines aufsuchenden und kleinräumigen Beteiligungsformats auch jene Menschen in den Stadtteilen zu erreichen, die bisher außen vor geblieben sind. Im Zeitraum von April bis August 2017 wurden in den Städten Pforzheim, Mannheim und Freiburg

stadtteilorientierte Beteiligungsprojekte mit eben jenem Personenkreis durchgeführt. Vorbereitet und begleitet wurden sie nicht nur von unserer Stabsstelle, sondern in bester Kooperation mit den jeweiligen Kommunen. Ihnen wie allen Beteiligten und Engagierten gilt unser ganz besonderer Dank!

Grußwort Stadt Pforzheim

Frau Bürgermeisterin Monika Müller



Pforzheim ist im Wandel - über die Stadtgrenzen hinaus hat sich der Ruf der ehemals wohlhabenden „Goldstadt“ verändert; heute wird die Stadt, die durch hohe Zuwanderung und verfestigte Arbeitslosigkeit geprägt ist, als „Soziallabor“ wahrgenommen. Pforzheim ist die schnellst wachsende Großstadt in Baden-Württemberg, die derzeit rund 125.000 Einwohner umfassen eine große ethnische, sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt. Mehr als 51 % der Menschen haben einen Migrationshintergrund, die Bewohnerschaft wächst und wird immer unterschiedlicher.

Pforzheim ist damit stärker im Wandel als viele andere Städte in Baden-Württemberg oder durchlebt einen Wandel, der woanders vielleicht erst ansteht. Die Bewohner der unterschiedlichen Stadtteile sind gerade angesichts dieses Wandels auf eine verlässliche Struktur angewiesen, die eine Verbindung zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft herstellt,

um gemeinsam ein Miteinander in den Nachbarschaften zu stärken. Dafür ist nicht nur der Dialog zwischen den Ebenen - Bürger, Politik, Verwaltung - erforderlich, sondern ebenso der Austausch untereinander, zwischen Nachbarn. Die Idee der Nachbarschaftsgespräche kommt hier wie gerufen: Unsere Gespräche sollen neben der Vernetzung des Sozialraums mit Verwaltung und Politik auch dazu dienen, der zunehmenden Vereinzelung entgegenzuwirken, die gerade in größeren Städten droht. Unsere Nachbarschaftsgespräche, die „Pforzheimer Gespräche am Gartenzaun“ bieten den Einstieg in eine gelebte Nachbarschaft, die als Vorstufe zu einer aufmerksamen Stadtgesellschaft dienen kann.



Durch die Nachbarschaftsgespräche wurde das landespolitische Thema des „Gehört-werdens“ in den beteiligten Sozialräumen mit Leben gefüllt und zu einer kommunalen Strategie entwickelt. Politik und Verwaltung konnten erleben, was gerade die Menschen in ihrer Stadt bewegt, die sonst nicht zu Wort kommen oder sich nicht zu Wort melden, also die nichtorganisierte, leise Mehrheit, die wir oft zu wenig wahrnehmen.

Nachbarschaftsgespräche können somit als neue und besonders sensible Seismografen Politik und Verwaltung darin leiten, das

Zusammenleben besser zu entwickeln.

Gelingendes Zusammenleben vor Ort betrachten wir in Pforzheim nicht als Schicksal, sondern als Möglichkeit, Vielfalt gemeinsam zu gestalten. Unser Ziel ist, jedem ein eigenverantwortliches Leben in einem lebens- und liebenswerten Pforzheim zu ermöglichen. Einer Stadt der Nachbarschaft.



Die Wiederentdeckung der Nachbarschaft

Ein Plädoyer von Hannes Wezel, Referent der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

In einer Nachbarschaft wohnen Menschen in unmittelbarer Nähe, sie haben deshalb die Möglichkeit, sich schnell zu treffen und Verbindungen zu Themen zu schaffen.

Nachbarschaft ist daher einerseits als räumlicher Aspekt zu sehen. Viel mehr aber auch als entscheidender Faktor für Nähe, Beziehung, Empathie, Engagement und Teilhabe. Und noch mehr: Nachbarschaft kann die Klammer und der umfassende Ansatz für ein gelingendes Zusammenleben und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt per se sein.

In gut funktionierenden Nachbarschaften kennt man sich und hilft sich. Zusammenleben und Quartiersentwicklung können umfassend, unmittelbar und konkret behandelt werden.

Quasi über den Gartenzaun werden alltägliche aber auch gesellschaftlich relevante Fragen nach Integration, Inklusion, Zusammenleben und Quartiersentwicklung behandelt.

Die Entscheidung, die Nachbarschaften mehr einzubeziehen und vor Ort zu fördern, ist nicht ganz neu und entspringt dem Ansatz des Community Organizing: Die Beteiligten erleben das Gemeinschaftliche in einem für sie überschaubaren Rahmen, ihrem angestammten Stadtteil und Quartier.

Die Bereitschaft, sich im eigenen Quartier und für die eigene Nachbarschaft zu engagieren, ist meistens um ein Vielfaches höher, als sich beispielsweise bei komplexen Stadtentwicklungsprozessen einzubringen, die große Veranstaltungen nach sich ziehen und vielfach als anonymer Raum wahrgenommen werden.



Aufsuchende Beteiligung verstärkt diesen Aspekt noch: Verwaltung und Politik kommt zu den Menschen. Die Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier müssen nicht den Schritt in den öffentlichen Raum gehen, sondern das „öffentliche Interesse“ kommt sozusagen zu ihnen, in ihren vertrauten Sozialraum. Bei manchen Projekten, wie etwa beim Stuttgarter Projekt „Salz & Suppe“ sogar direkt in ihre Wohnzimmer.

Der aufsuchende Ansatz ist geprägt von Wertschätzung, von Vertrautheit und im Idealfall auch vom gemeinsamen Handeln. Die aufsuchende Beteiligung sollte deshalb an Orten stattfinden, die den Menschen im Stadtteil bekannt sind. Es geht darum, Vertrautheit herzustellen und das Öffentliche und das Persönliche zusammenzubringen. Gut geeignet sind dafür Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilzentren, eventuell auch Schulen oder Kindergärten. Persönliche

Bezüge zu den Räumen sind fast immer hilfreich. In diesem Setting wechseln die Bewohner ihre Rollen. Sie werden von Zuhörern oder Bittstellern zu Akteuren und sogar zu Gastgebern für gute Gespräche, bei denen das gegenseitige Zuhören im Mittelpunkt steht. Deshalb sind Orte mit Wohnzimmercharakter oder öffentliche Orte mit hohem Vertrautheitspotential und Wohlfühlfaktor eine wichtige Voraussetzung für die aufsuchende Beteiligung.

Die Beteiligung über „den Gartenzaun“ ist eine kleinräumige Beteiligung in der Nachbarschaft in einem eigens definierten Sozialraum. Sie kann gesamtstädtische Planungsprozesse perfekt ergänzen und hilft, das politische Vorhaben „Politik geht vor Ort und hört zu!“ in einem passenden Format durch aufsuchende Beteiligung kommunal zu unterstützen.

Das Prinzip der Zufallsbürger

Das Format Nachbarschaftsgespräche ist aufsuchend, sozialraum- und quartiersbezogen sowie gemeinschaftsorientiert. In Pforzheim und den beiden anderen Modellstandorten Mannheim und Freiburg wurde auf unterschiedliche Weise das „Prinzip der Zufallsbürger“ angewandt. Das bedeutet, dass die Beteiligung von sogenannten „stillen Gruppen“ wie Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Handicap, Migrantinnen und Migranten sowie junge Menschen, systematisch organisiert wird.

Die zufällig ausgewählten Stadtteilbewohnerinnen und Stadtteilbewohner treffen sich an ihnen bekannten und vertrauten Orten in ihrem Quartier. Meist sind dies Orte wie Mehrgenerationenhäuser, Stadtteil- oder Mütterzentren. Die zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden rasch zu selbstorganisierten Gastgeberinnen. Unterstützt werden die Gruppen von ausgewählten Netzwerk- und Kooperationspartnern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommune und des Landes sowie den politischen Vertretern. Durch die Niederschwelligkeit und die Zufallsauswahl werden alle Zielgruppen in ihrer Unterschiedlichkeit erreicht und miteinander in einem neuen Format mit der Politik verbunden.

Das Prinzip der Zufallsbürger bringt gleich mehrere Vorteile mit sich:

- › Die Zufallsauswahl sorgt für Unabhängigkeit und Neutralität bei den Gesprächen.
 - › Die Zufallsauswahl garantiert Chancengleichheit.
 - › Zufallsauswahl schränkt die Selbstselektion ein und schafft Vielfalt.
 - › Die Zufallsauswahl fördert die Generierung eines Querschnitts der Bewohner/Bevölkerung/Gesellschaft und minimiert somit Partikularinteressen.
 - › Die Tonalität in den Gruppen ist überwiegend sachlich, lebhaft, kooperativ und ideenreich.
-



Fragen und Antworten

Wie haben Sie die Nachbarschaftsgespräche erlebt?

Positiv hervorzuheben ist das Konzept, die Organisation und Moderation der Gespräche. Die Atmosphäre ist insgesamt sehr angenehm. Es zeigt sich, dass Nachbarn innerhalb der Stadtteile ähnliche Wahrnehmungen und Bedürfnisse haben und gemeinsam sehr konstruktiv Ideen und Vorschläge entstehen können.

Thomas Schneider
Nachbarschaftsgruppe Ost

Gespräche und Ideenaustausch mit unheimlich netten, interessierten und kompetenten Mitbürgern.

Rainer Meeh
Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn

Die Phasen der Nachbarschaftsgespräche

Phase 1 - Der Beteiligung einen Rahmen geben

Bei der Bürgerbeteiligung gibt es kein Schema F. Jedes Vorhaben bringt neue Sachfragen, Akteure, Konfliktlinien und Gestaltungsmöglichkeiten mit sich. Beteiligung ist ein systematischer Prozess, keine Einzelmaßnahme. Zentral ist auch, dass Bürgerbeteiligung in erster Linie von guter, anhaltender Kommunikation lebt. Gerade deshalb steht als wiederkehrende Überschrift über der Bürgerbeteiligung das bewährte Motto: „Ohne Kommunikation ist alles nichts!“ Daher ist es empfehlenswert, einen entsprechenden Fahrplan für das Vorgehen im Beteiligungsprozess zu erarbeiten und diesen offensiv zu kommunizieren. Dafür steht der 2013 in einem breit angelegten Beteiligungsverfahren entwickelte „Leitfaden für eine neue Planungskultur“ für Baden Württemberg. Er ist eine inzwischen vielfach angewandte und bewährte Blaupause, auch für kommunal angelegte Prozesse, wie die hier beschriebenen Nachbarschaftsgespräche in Pforzheim.

Den Auftakt für einen gelingenden Beteiligungsprozess bildet immer das „**Beteiligungs-scoping**“. Ergänzend zum Planungsleitfaden wurden hierbei mit der Einrichtung einer Begleitgruppe gute Erfahrungen gemacht. Sie setzt sich zusammen aus Akteuren der

Verwaltung, der Politik, Kooperations- und Netzwerkpartnern, zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Befürwortern und Gegnern eines Projekts. Die Begleitgruppe schaut ausschließlich auf das Verfahren, nicht auf die Inhalte und entwickelt einen Beteiligungsfahrplan entlang folgender „W“-Fragen:

Wer soll beteiligt werden? Den Personenkreis (Bürger, Verwaltung, Politik) und die Auswahl der Beteiligten klären. Wer kann von Seiten der Verwaltung bei der Organisation hilfreich unterstützen? Welche Milieus sollen wie erreicht werden? Wie kann ein aufsuchendes Verfahren praktisch aussehen? Wann wird wer wie beteiligt?

Was soll mit der Beteiligung bearbeitet werden? Themen und Inhalte der Beteiligung werden anhand einer Themenlandkarte gemeinsam geklärt und visualisiert. Dabei stellen sich immer auch die Fragen nach dem Gestaltungsspielraum und nach Spielräumen und Veränderungsmöglichkeiten durch die Beteiligung. Auch die Frage nach Konsens und Dissens ist in dieser Themenfeldanalyse von Bedeutung.



Wie sieht das Vorgehen im Beteiligungsprozess konkret aus? Wie sehen das konkrete Konzept und der Ablauf für den Prozess aus? Welche Unterlagen, Methoden und Spielregeln braucht das Verfahren? Dazu gehört insbesondere auch der Medieneinsatz, die Einbeziehung von Internet und der lokalen Presse. Wie wird mit den Ergebnissen umgegangen? Wie werden die Informationen nachvollziehbar aufbereitet? Wer kümmert sich um die Weiterbearbeitung? Welche Formate und Methoden finden Anwendung? Braucht es einen neutralen, externen Moderator oder gibt es eigene Ressourcen dafür? Wie wird für den Prozess geworben und eingeladen? Wie soll die Stichprobe für die Zufallsauswahl gezogen werden? Wie sieht der Zeitplan für das Beteiligungsverfahren aus?

Welche Kosten sind für den Beteiligungsprozess zu erwarten? Wie ist die Kosten-Nutzen-Wirkung zu bewerten und wer bezahlt das Verfahren?

Wo und wann findet die Beteiligung statt? Orte und Räume müssen geklärt werden. Welche Räume bieten sich an? Wer sind die Schlüsselpersonen zu den Räumen? Wann ist der optimale Zeitpunkt für die Beteiligungsformate? Braucht es eine Kinderbetreuung? Wann sind geeignete Termine? Achtung vor der Ferienfalle!

Durch diese Art der Prozessgestaltung können Beteiligungsprozesse gut vorgedacht und organisiert werden. Klar ist aber auch: Bei der Beteiligung geht es nicht nur um Sachfragen, sondern um die beteiligten Menschen. Deshalb ist Beteiligung auch immer Beziehungsarbeit, bei der drei Punkte als zentrale Beteiligungsfaktoren wirken, damit der gerne beschworene Dialog auf Augenhöhe gelingt:

- offene Grundhaltung gegenüber den Teilnehmern
- dauerhafte Kommunikation nach innen und außen
- Organisations- und Improvisationsgeschick

Phase 2 - Verantwortlichkeiten und Prozess definieren

Zur Entwicklung eines neuen Formats für die Arbeit mit Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern in Nachbarschaftsgruppen wird das Wissen von einem professionellen Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen benötigt.

Der Prozess braucht von Beginn an eine kontinuierliche Kommunikation zwischen den Beteiligten als „Scharnier“ innerhalb der Nachbarschaftsgruppen und zwischen Nachbarschaftsgruppen und der Kommune/dem Land. Die Nachbarschaftsgespräche erfordern ein gemeinsames, strukturiertes und koordiniertes Vorgehen, um den Gesamtprozess für alle Beteiligten erfolgreich starten und abschließen zu können.

Fragen wie beispielsweise „Wer sollte den Prozess begleiten?“ müssen zu Beginn beantwortet werden.

Jedes Integrationsprojekt braucht einen Initiator, der als Treiber fungiert und Schlüsselakteure, deren Interesse es sein sollte, den Beteiligungsprozess zum Erfolg zu führen. Der Initiator bildet beispielsweise für die Planung und Umsetzung einen Initiativkreis

von Schlüsselakteuren, die als Gruppe den Gesamtprozess begleiten.

Vor Ort wurden in allen drei Kommunen Schlüsselpersonen aus der Verwaltung und dem Bereich der Kooperations- und Netzwerkpartner in den ausgewählten Stadtteilen identifiziert und als Projektverantwortliche eingebunden. Darüber hinaus wurden für die operative Arbeit als strategisches Instrument an jedem Standort Begleitgruppen für die Prozesse initiiert. In den Begleitgruppen arbeiten lokale Akteure am Verfahren mit, jedoch nicht an den Inhalten. Als bewährte Instrumente für das Verfahren wird mit den Themen- und Akteurs-Landkarten gearbeitet.

Die strategische Form des Beteiligungsverfahrens wird in Kooperation zwischen den Kommunen und den Kooperations- und Netzwerkpartnern in den ausgewählten Stadtteilen in Zusammenarbeit mit externen Moderationsbüros durchgeführt.

Die idealtypische Zusammensetzung einer Begleitgruppe

Die Begleitgruppe setzt sich idealtypisch aus einem kleinen, repräsentativen Querschnitt von Akteuren aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft (inkl. Befürworter und Gegner eines Projekts) sowie weiteren wichtigen Schlüsselakteuren zusammen.

Mögliche Teilnehmende können sein:

- › Verwaltungsspitze (OB, BM, Landrat, Beigeordnete)
 - › Vertreter/innen aus der Politik
 - › Vertreter/innen kommunaler Gremien/Beiräte (Jugendgemeinderat, Internationaler Beirat)
 - › Verantwortliche Amtsleitung/Abteilungsleiter der Verwaltung
 - › Beauftragte für Bürgerengagement
 - › Mitarbeiter der Mehrgenerationenhäuser und Stadtteilzentren
 - › Integrationsbeauftragte
 - › Bürger (Befürworter und Gegner)
-

Dazu je nach Projekt Schlüsselakteure aus:

- › Behörden und sonstige Institutionen (Hochschule, Volkshochschule, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, bei kreisangehörigen Kommunen die Kreisverwaltung, Polizei, Sprachkursträger, Schulaufsicht etc.)
 - › Interessenvertretungen
 - › Migranten (Migrantenvertretung, Migrantenorganisation, Flüchtlingsinitiative)
 - › Wohlfahrtsverbänden
 - › zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen, Vereine, Gruppen und Bündnisse
-



Aufgaben der Begleitgruppe

Beispiele:

- › eine erste Bestandsaufnahme vornehmen,
- › eine Verständigung über die lokalen Stärken und zentralen Herausforderungen beim Zusammenleben herbeiführen,
- › einen Blick auf vorhandene Konzepte, Gremien und Kommunikationsstrukturen werfen und absichern, damit keine Parallelstrukturen aufgebaut werden,
- › die wesentlichen Prozessziele und Wirkungssindikatoren ermitteln,
- › die Art und Weise einer breiten Beteiligung (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Betroffene etc.) organisieren,
- › ein abgestimmtes Prozessdesign entwickeln,
- › den Prozess und die Maßnahmen umsetzen, begleiten und koordinieren,
- › finale Entscheidung über die Auswahl der Quartiere/Stadtbezirke für die Nachbarschaftsgespräche treffen

Für die Arbeit der Begleitgruppe und insbesondere für die Auswahl der Stadtteile werden Kenntnisse über die soziokulturelle, demografische und infrastrukturelle Situation der Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Wohngebiete benötigt. Empfehlenswert ist, dass mehrere unterschiedliche Stadtteile ausgewählt werden. So ergibt sich eine gewisse Repräsentativität und eine Vergleichbarkeit in der Vielfalt.

Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit und erfolgreiche Umsetzung des Projektes ist insbesondere ein gemeinsames Zielverständnis der Prozessbeteiligten. Es trägt nachhaltig zum Erfolg bei, wenn sich die beteiligten Personen als erstes über das Ziel und anschließend über das Verfahren einig werden.

Phase 3 - Die Auswahl zufällig ausgewählter Bürgerinnen und Bürger

Ob beim Rat der 500 in Athen, bei der Doge von Venedig, den Verfassungsänderungen in Irland 2012 oder den Bürgerräten in Vorarlberg: Zufallsauswahlen sorgen immer für Unabhängigkeit und Neutralität.

Dafür müssen pro ausgewähltem Quartier/Stadtteil mindestens 200 Bürgerinnen und Bürger zwischen 16 und 86 Jahren per Zufallsauswahl (Zufallsbürger) mit einem ansprechenden Brief mit Briefumschlag und Rücksendepostkarte angeschrieben und dazu eingeladen werden, an den Nachbarschaftsgesprächen teilzunehmen. Durch die Form der Zufallsauswahl muss eine gewisse Exklusivität, bei diesem Prozess „dabei sein zu dürfen“, entstehen.

Der Prozess braucht von Anfang an einen wertschätzenden Rahmen, dieser kann beispielsweise mit einem Einladungsschreiben des Oberbürgermeisters oder der Sozialbürgermeisterin mit dem Angebot für Verpflegung, Kinderbetreuung, Fahrtkostenersatz und der Möglichkeit, seine Anliegen der Politik direkt vortragen zu dürfen, geschaffen werden.

Zufallsauswahl wird dann zum Schlüssel für eine breite Beteiligung!

Es war eine spannende Begegnung mit Menschen aus der Nachbarschaft, die man sonst nicht getroffen hätte. Es war eine sehr positive Stimmung und sehr konstruktive Gespräche. Hier konnte man sehen was der Ortsteil bietet und wo Schwachstellen sind, die man z.T. selbst bereinigen kann oder mit Hilfe von Stadt/Land in Angriff nehmen kann.

*Jörg Bickel
Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn*

Phase 4 - Aufsuchende Beteiligung durch Rollenwechsel

Nach der Auswahl der Stadtteile und Teilnehmer/innen beginnt der Prozess in den Stadtteilen. Aufsuchende Beteiligung bedeutet, dass Verwaltung und Politik zu den Bürgern kommen und sie danach fragen, was für ein gutes Zusammenleben im Quartier/in den Stadtteilen benötigt wird. Die Feinheit besteht darin, dass die klassische Rolle des Bürgers als Bittsteller („ich muss zur Verwaltung und Politik hin“) aufgelöst und umgekehrt wird. Hinzu kommt, dass viele Bürger es schon gewohnt sind, dass die Quartierssozialarbeiter/innen vor Ort sind und sich um sie kümmern. Neu ist hingegen, dass die Verwaltung und/oder die Politik zu ihnen kommt, mit ihnen das Gespräch sucht, ihnen zuhört, Projekte und Themen weiterverfolgt und schließlich Antworten auf ihre Fragen gibt.

Genau dieses Vorgehen, das Umkehren der Rollen, ist neu und trifft genau den scheinbar vernachlässigten Nerv: „Niemand hört uns zu und keiner interessiert sich für mich“. Dieser Rollenwechsel braucht eine reflexive und aufgeschlossene Verwaltungsspitze. Zur Umsetzung braucht es aufgeschlossene, engagierte Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen, Mehrgenerationenhäusern und Stadtteil- und Familienzentren, die bereit sind, einen solchen Beteiligungsprozess zu ihrer Sache zu machen

und dadurch auch neue, unbekannte Wege zu gehen. Zum Beispiel, was es heißt, im gewohnten Rahmen mit einer neuen Zielgruppe zu arbeiten, also den zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern.

Aufsuchende Beteiligung heißt, Quartiers-/ Stadtteilarbeit und Bürgerbeteiligung mit kreativen, aktivierenden und zufällig ausgewählten Bürgern zu verknüpfen. Eine weitere zentrale Ressource ist das Empowerment und die Methode, „gute Gastgeber für gute Gespräche“ zu sein, ganz im Sinne von Art of Hosting. Konkret heißt dies, dass die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise in den Stadtteilgruppen selbst zu Akteuren werden, den Prozess aktiv mitgestalten und sich nicht nur „bespielen“ lassen.

Die Zufallsauswahl ist der Schlüssel dafür, dass wir die oft beschworenen stillen Bürger erreichen. Die Bürgermeisterin begrüßte und war interessiert und wertschätzend dabei. Die Gruppen wurden von den Leiterinnen der Stadtteilzentren begleitet. Für diese Phase wird nicht zwingend eine externe Moderation benötigt. Viel wichtiger ist, dass Schlüsselpersonen aus den Einrichtungen dabei sind.



Fragen und Antworten

Was sind die zentralen Erkenntnisse für Sie?

Das meine persönlichen Themen auch andere beschäftigen. Aber es gab natürlich auch andere Themen die mir nie so bewusst waren. Obwohl die Gruppe nicht unterschiedlicher sein kann, kann man gemeinsame Lösungen erarbeiten und genau diese Unterschiede sind bereichernd in der Lösungsfindung.

*Özlem Akgün
Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn*

Das Engagement auf Bürgerseite benötigt erstens Raum, um zur Entfaltung zu kommen und zweitens Koordination und Vernetzungsangebote, damit daraus tatsächlich reale Aktivitäten entstehen können. Und dafür braucht's dann halt auch mal Geld.

*Katrin Sonnleitner
Begleitgruppe*



Phase 5 - Vorbereitung des Abschlusses mit Politik und Verwaltung

Eine Veranstaltung mit Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ist wichtig, um gemeinschaftlich ein Verständnis für die Themen aufzubauen und konkrete Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.

„Die Nachbarschaftsgespräche sind ein gelungenes Beispiel dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger sich dafür engagieren, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten und dass die Politik die Bürgerschaft auch hört“, sagte der Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei seinem Besuch der Nachbarschaftsgespräche in Pforzheim. Neben dem Ministerpräsidenten nutzten auch Staatsrätin Gisela Erler und Pforzheims Bürgermeisterin Monika Müller die Gelegenheit, jede der vier Gruppen bei einem Rundgang zu besuchen. Im Anschluss daran versammelten sich die Stadtteilgruppen zu einer lebhaften Diskussion im Format eines Fishbowls mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Staatsrätin Gisela Erler und Bürgermeisterin Monika Müller.

Phase 6 - Berichterstattung an die Kommunal- und Landespolitik

Ob Verkehr, innere Sicherheit, Kinderbetreuung, öffentlicher Nahverkehr, Sport oder Bäder: Die Teilnehmenden hatten die Gelegenheit, in einer Runde mit Vertretern des Landes innerhalb der Nachbarschaftsgruppen sowie anschließend in mehreren Fachgesprächsrunden an verschiedenen Thementischen mit den Fachexperten und Amtsleitungen direkt in den Dialog zu treten. „Dabei sind intensive Arbeitsgespräche zustande gekommen. Der Austausch und das Verständnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung wurden sichtbar gestärkt, denn die Verwaltung war gerade nicht anonym, sondern durch dort arbeitende Menschen vertreten“, fasst Bürgermeisterin Monika Müller das Ergebnis zusammen.

An Stellwänden wurde vermerkt, wo schon abschließende Lösungen gefunden werden konnten - aber auch, wo Themenstellungen noch weiter bearbeitet werden müssen. „Viele Fragen konnten schon in den vergangenen Veranstaltungen beantwortet werden“, erläutert Bürgermeisterin Monika Müller. „Dort, wo das - auch angesichts einer Fülle sehr konkreter Fragestellungen - nicht möglich war, haben wir nun Bürgerschaft und Fach-

leute zusammengebracht“, so die Dezernentin weiter, die gleichzeitig den direkten Austausch begrüßte. Nur dieser ermögliche ein gegenseitiges Verständnis, sowohl für die Probleme vor Ort, als auch für die Rahmenbedingungen, unter denen bestimmte Themen bearbeitet werden.

Der Besuch von Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 30. Juni 2017 war für alle Beteiligten Ansporn und Motivation zum Weitermachen. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung wurden vom Staatsministerium die Landesthemen und die kommunalen Themen der Bürgerinnen und Bürger in einer Themenspinne zusammengefasst.

Phase 7 - Prozessabschluss unter Einbindung der Kommunal- und Landesverwaltung

Die Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung konzipierte gemeinsam mit der Stadt Pforzheim für den Prozessabschluss am 19. Juli 2017 ein geeignetes Antwortformat. Dies bezieht sich unmittelbar auf die Aussage im Koalitionsvertrag, dass Bürgerbeteiligung immer Antwortfähigkeit einschließt. Die Veranstaltung wurde im Sitzungssaal des Rathauses durchgeführt. Aus den Reihen der Landesverwaltung wurden von der Stabsstelle alle relevanten Fachreferate nach Pforzheim eingeladen. Darüber hinaus nahmen von der Stadtverwaltung alle relevanten Amtsleitungen teil. Das Antwortformat war dreigeteilt.

Teil 1: Kommunal- und landespolitische Begrüßung und kurze Vorstellung der Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen im großen Sitzungssaal. Alle Bürgerinnen und Bürger der Nachbarschaftsgruppen hatten die Möglichkeit, die Plätze der Gemeinderäte einzunehmen.

Teil 2: Landesrunden in den Nachbarschaftsgruppen. Alle Referenten begaben sich in die Stadtteilrunden und standen zu allen Landesfragen Rede und Antwort.

Teil 3: Kommunale Bürgersprechstunde. Alle Amtsleitungen, die durch die kommunalen

Themen führten, konnten thematisch von den Bürgerinnen und Bürgern an Stehtischen befragt werden.

In beiden Runden entwickelte sich ein offener und konstruktiver Dialog. Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunal- und Landesverwaltungen zeigten sich sehr zufrieden mit den Gesprächen und den Ergebnissen, sowohl auf Landes- wie auch auf kommunaler Ebene.

Kernelement eines solchen, von der Stabsstelle in dieser Weise erstmalig realisierten „Antwortformats“ ist das wertschätzende Gespräch. Das bedeutet, sich Zeit zu nehmen, sich gegenseitig zuzuhören und auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger eine qualitative und begründete Antwort zu geben. Zusätzlich ist es wichtig, bei konkreten Anliegen, mit den Bürgern gemeinsam nach Wegen der Realisierung zu suchen. Beispielsweise wird mit der fachspezifischen und politischen Unterstützung die Mobile Jugendarbeit im Pforzheimer Stadtteil Haidach personell aufgestockt und das Spielgeräteangebot für Kleinkinder auf Spielplätzen erweitert.

Kernaussage aller Beteiligten war: „Der direkte und unmittelbare Kontakt zwischen Bürger und Verwaltungsmitarbeiter tut beiden Seiten gut“.



Phase 8 - Reflexion

- › Welche Stolpersteine gibt und gab es für die gelingenden Nachbarschaftsgespräche?
- › Sollen diese fortgesetzt werden?
- › Sollen die Nachbarschaftsgespräche in bereits bestehenden Gruppen integriert werden?
- › Welchen Gewinn haben die Politik/Verwaltung und der Stadtteil davon?
- › Ist im Stadtteil etwas anders geworden? Treffen sich die Gruppen weiterhin?



Phase 9 - Ausblick

Die Pforzheimer Bürgermeisterin Monika Müller plant unter Einbindung des Gemeinderats, die Nachbarschaftsgespräche fortzusetzen und auch auf weitere Stadtteile auszudehnen. „Nachbarn über Zäune hinweg ins Gespräch zu bringen und Politik dabei einzubinden ist eine Form der Bürgerbeteiligung, die wir unbedingt weiterhin pflegen sollten: Zaungespräche vergegenwärtigen uns Alltagsorgen und Einblicke ins Leben unserer Nachbarn. Sie sind damit für die Nachbarn selbst, aber auch für alle politisch Verantwortlichen wertvoll und wichtig“, so Bürgermeisterin Monika Müller.

Mir hat die offene Atmosphäre sehr gefallen. Die anwesenden Vertreter der Stadt haben, aus meiner Sicht, interessiert die Gespräche verfolgt, Probleme und Anregungen notiert und auch nachgefragt.

Renate Himpel
Nachbarschaftsgruppe Ost

Den Prozess der Nachbarschaftsgespräche erlebte ich als gewinnbringend. Innerhalb der Begleitgruppe ergaben sich neue Netzwerke zu Kooperationspartnern, zu denen es bislang keine Überschneidungen gab. Aktuell ergeben sich daraus neue Projekte, die andernfalls nicht entstanden wären. Zu Beginn war es unvorhersehbar, wie sich der Gruppenprozess im Verlauf entwickeln würde. Da die Weststadtgruppe zum einen aus Neuzugewanderten, zum anderen aus Mitgliedern des Bürgervereins bestand, mussten im Rahmen der Moderation zunächst massive Barrieren durchbrochen werden. Die beiden „Gruppen“ welche unterschiedlicher nicht sein konnten, spiegeln gleichzeitig das Abbild der aktuellen Gesellschaftslage. Am Ende gelang es, in gemeinsame Richtungen zu denken. Wichtig ist an dieser Stelle, am Ball zu bleiben und den Teilnehmern konkrete Schritte aufzuzeigen, wie die erarbeiteten Ergebnisse umgesetzt werden.

Eva Schröder
Begleitgruppe

Zusammen mit dem Gemeinderat können wir Projekte verwirklichen, um den Menschen zu zeigen, dass ihre Sorgen und Vorschläge ernst genommen werden. Es zeigt uns, was jeder Einzelne zu bewegen vermag, wenn er sich für die Gemeinschaft einsetzt.

Olga Weininger
Nachbarschaftsgruppe Haidach

Unsere, den Stadtteil Büchenbronn betreffende Nachbarschaftsgespräche, haben sich intensiv und zielorientiert im Sinne der Weiterentwicklung von Büchenbronn mit der aktuellen Problematik befasst (siehe Ihnen vorliegende Themenliste, z. B. Schulproblematik, Kinder und Jugendliche im Stadtteil, Ortsumgebung, ...).

Maria Dittmann
Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn



Bundespräsident würdigt Engagement der Bürger mit Einladung

Bürgerbeteiligung und Wertschätzung gehören zusammen. Deshalb wurden die Projektstandorte der Nachbarschaftsgespräche Pforzheim, Mannheim und Freiburg vom Staatsministerium zum Antrittsbesuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im Stuttgarter Neuen Schloss eingeladen.

Die Pforzheimer Nachbarschaftsgruppen konnten beim Bürgerempfang anlässlich seines Antrittsbesuches in Baden-Württemberg mit ranghohen Vertreterinnen und Vertretern des Landes und mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus anderen Kommunen ins Gespräch kommen. Die Stadtteilgruppen haben sich über die Einladung zum Empfang des Bundespräsidenten sehr gefreut und waren mit Begeisterung dabei.

Ich möchte mich bedanken, dass ich an dem Nachbarschaftsgespräch "Zusammenleben - aber wie?" teilnehmen kann. Meines Erachtens müssen diese Gespräche in Pforzheim auf die restlichen Stadt- und Ortsteile ausgeweitet werden, da jeder Stadt- und Ortsteil ein anderes Anliegen hat. Das "Wir Gefühl" in Pforzheim ist nicht sehr ausgeprägt.

Durch die Nachbarschaftsgespräche hat man nun die Möglichkeit, gezielt auf die einzelnen Orts- und Stadtteile einzugehen. Die Stärken und Schwächen zu finden und diese ausbauen/unterstützen bzw. versuchen zu beseitigen. Ich denke erst wenn der Bürger sich mit dem Orts- oder Stadtteil identifizieren kann, entwickelt sich auch ein "Wir Gefühl" für die Stadt. Wenn der Bürger merkt, dass er etwas bewirken kann, ist das vielleicht ein Weg um z.B. eine höhere Wahlbeteiligung zu erhalten.

Jörg Bickel
Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn

In der Begleitgruppe habe ich einen sehr engagierten Austausch zwischen den Bürgern und unterschiedlichsten Akteuren wahrgenommen. Diesen regelmäßigen Dialog auf Stadtteilebene zu führen, scheint eine besondere und verbindende Wirkung zu haben. Ich habe ein ehrliches Interesse der Politik verspürt, sich den Belangen der Bürger zu widmen. Hoffen wir nun, dass die Wege weiterhin kurz bleiben und Bürgerbeteiligung zu realen Ergebnissen führt.

Katrin Sonnleitner
Begleitgruppe

Wenn man den Bürgern zuhört und sie ernst nimmt mit dem was sie zu sagen haben und was sie bewegt, dann gibt es auch heute noch die Bereitschaft sich für seinen Ortsteil/Stadtteil zu engagieren.

Rainer Meeh
Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn



Die Leisen kann man besser hören

Interview mit dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zu seinen Erfahrungen mit den Pforzheimer Nachbarschaftsgesprächen

Einfach mal miteinander reden – unter diesem Motto hat die Landesregierung die Nachbarschaftsgespräche initiiert. Eine gute Idee, Herr Kretschmann?

Die „Politik des Gehörtwerdens“ ist ein wichtiger Baustein unserer Landespolitik. Nachbarschaftsgespräche sind dabei ein gutes Format, um auf der kommunalen Ebene anzusetzen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Bei diesem Format kann man auch die leisen Stimmen wahrnehmen. Es verschafft uns ein gutes Gespür für die Probleme, Wünsche und Vorstellungen der Menschen vor Ort.

Haben Sie persönlich vor dem Auftakt der neuen Dialogreihe in Pforzheim schon Nachbarschaftsgespräche geführt?

Im Alltagsleben mache ich das natürlich oft, sozusagen einfach mal über den Gartenzaun hinweg. In dieser organisierten Form war es aber eine ganz neue und sehr positive Erfahrung für mich. Mit ihrer gelungenen Interpretation der „Politik des Gehörtwerdens“

auf kommunaler Ebene in Kombination mit der Wahl der Zufallsbürger hat unsere Staatsrätin in Zusammenarbeit mit der Stadt wieder einmal Neuland betreten.

Worin sehen Sie den Vorteil gegenüber anderen Formaten?

Der entscheidende Vorteil liegt in der persönlichen Begegnung, die ermöglicht wird. Das „Nah an den Menschen sein“, wie der Religionsphilosoph Martin Buber das dialogische Prinzip einmal beschrieben hat. Und dies gelingt am besten in einem direkten Dialogformat an einem Tisch, nicht frontal wie in vielen Podiumsformaten.

Wie sind die Gespräche bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern angekommen?

In Pforzheim habe ich von Beginn an eine ganz besondere Stimmung gespürt. Viele Bürgerinnen und Bürger sind zu mir gekommen, die sich gefreut haben auf diesem direkten Weg ihre Meinung einbringen zu können. Die Auswahl



der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Hilfe des Zufallsprinzips trägt viel dazu bei. Damit war klar, jede Meinung ist wichtig. Das ist sozusagen der unbestechliche Vorteil am Zufallsprinzip und eine ganz neue Perspektive in der Politik.

Was war in Pforzheim anders als bei Ihren üblichen Auftritten?

Mir fiel auf, dass die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst gesetzten Themen in eine ganz andere Richtung wiesen als das, was ich sonst zu hören bekomme. Die Themen waren weniger auf die üblichen Streitpunkte wie Infrastruktur oder Wirtschaft ausgelegt. Es ging dagegen

ganz häufig um Schulen, Kindergärten, Freizeit, Familien und Kinder. Eben das, was Menschen in der Nachbarschaft bewegt.

Was versprechen Sie sich davon auf lange Sicht?

Politik lebt vom Zuhören. Auch die Wahlergebnisse zeigen uns immer wieder, dass sich viele Menschen nicht gehört, wahrgenommen und repräsentiert gefühlt haben. Die Nachbarschaftsgespräche eröffnen hier den Weg in eine neue Art der Kommunikation, in die alle Menschen eingeschlossen werden.

Bewertung der Pforzheimer Nachbarschaftsgespräche

Die Pforzheimer Nachbarschaftsgespräche „Zusammenleben - aber wie?“ waren für alle Beteiligten äußerst aufschlussreich und sind damit eine tragfähige Grundlage für zukünftige Bürgerbeteiligungsprozesse der Stadt. Durch die gewonnenen Erkenntnisse sowie die Rückmeldungen und Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer könnte ein zukunftsfähiges Format entwickelt werden, das für das Zusammenleben in Pforzheim eine wegweisende Bedeutung hat. Deshalb wollen wir unter Betrachtung von verschiedenen Perspektiven die wesentlichen Erkenntnisse des Prozesses aufzeigen.

Wie innerhalb der Gruppe herausgearbeitet, bedarf es eines Raumes für Begegnungen. Diesen kann das LukasZentrum als zentrale Anlaufstelle in der Weststadt zur Verfügung stellen. Außerdem ist eine personelle Begleitung des Prozesses dringend erforderlich.

*Eva Schröder
Begleitgruppe*

Die Bürgerperspektive

Die Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger war durchweg positiv. Sowohl was den Rahmen anbelangte, als auch, wie mit den Ergebnissen umgegangen wurde. Wiederkehrend wurde von den Teilnehmern genannt:

- › dass sie sich geehrt fühlten, dass Verwaltung und Politik zu ihnen kam
- › dass sie für die Teilnahme ausgewählt wurden
- › dass ihnen für ihre Anliegen ein wertschätzender Rahmen geboten wurde
- › dass ihre Anliegen ernsthaft aufgenommen und bearbeitet wurden
- › dass sie von der Verwaltung (Land und Kommune) ernsthafte Antworten bekamen
- › dass durch die Zufallsauswahl ganz normale und unterschiedliche Leute zusammenkamen

In allen vier Pforzheimer Stadtteilen sind die Nachbarschaftsgespräche lebhaft, ideenreich und konstruktiv verlaufen.



Die Perspektive von Politik und Verwaltung

Als echte Experten für die Stärken und Schwächen ihres Stadtteils haben uns die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger viele Ideen, wertvolle Einblicke und gute Anregungen aber auch kritische Stimmen mit auf den Weg gegeben.

Die Zufallsauswahl hat in Pforzheim sehr gut funktioniert und ist der Schlüssel dafür, dass die oft beschworenen stillen Bürger erreicht werden und zu Wort kommen.

Die Atmosphäre ist leger, die Orte liegen zentral, die Bürgerinnen und Bürger sind aufgeschlossen, interessiert, konstruktiv und anpackend, aber durchaus auch kritisch. Oft sind es die kleinen Dinge, die den Menschen in ihren Stadtteilen fehlen. Sie bewegen aber

auch die großen Themen, die den Stadtteil seit Jahren beschäftigen.

Schlüsselpersonen aus der Pforzheimer Politik, Verwaltung und den Einrichtungen wurden durch die aktive Teilnahme für die Bürgerinnen und Bürger zu Vertrauenspersonen. Die aktive, interessierte und wertschätzende Teilnahme war der Schlüssel zum Erfolg. Insbesondere die Teilnahme der Sozialbürgermeisterin Monika Müller an den Nachbarschaftsgruppentreffen erzielte eine enorme Wirkung.

Die Begleitgruppe in ihrer Unterschiedlichkeit von ehrenamtlich und hauptamtlich Aktiven sowie die Teilnahme von einzelnen Bürgern haben den Prozess getragen und ein einheitliches Vorgehen in allen Nachbarschaftsgruppen ermöglicht.

Drei zentrale Erkenntnisse lassen sich aus dem Verlauf und der Bewertung der Pforzheimer Nachbarschaftsgespräche ziehen:

Schnelle Antwort: Die Nachbarschaftsgespräche waren eine extrem schnelle Antwort auf die Frage, wie politikferne Gruppen erreicht werden könnten. Wie können solche Gruppen Resonanz erfahren?

Wir haben dafür Gebiete mit starken Abgrenzungstendenzen für den politischen Dialog gewählt, die bei der letzten OB-Wahl eine Wahlbeteiligung von unter 15 Prozent aufgewiesen haben.

Fazit: Ja, die Landes- und Kommunalpolitik kann die Bürgerinnen und Bürger mit einem geeigneten Format noch erreichen.

Andere Agenda: Wir haben gesehen, dass durch das Prinzip der Zufallsbürger eine ganz andere politische Agenda entstehen kann. Wir haben erlebt, dass die Themen viel „weiblicher“, viel „weicher“ waren. Die herkömmliche Politik reagiert dagegen in der Regel auf die eher männlichen und härteren Themen der lauten Lobbystimmen. Das sollte uns nachdenklich stimmen.

Fazit: Bürgerinnen und Bürger brauchen die für sie entsprechenden Formate, um ihre Themen bei der Verwaltung und Politik einzubringen.

Anderes Idealbild der Politik: Was waren die Kernforderungen an die Landespolitik? Das Kümern, das „Sich-Sorgen-um-uns“, kurz: das „Gesehen werden“. Unsere Erfahrungen zeigen, dass die wenigsten Bürgerinnen und Bürger fertige Konzepte von Politikern erwarten. Daraus kann man auch schließen, dass das Idealbild des handlungsstarken, entschlossfreudigen Politikers, der mit Programmen die Antwort auf alle noch nicht gestellten Fragen hat, überholt scheint.



Die Bürgerinnen und Bürger wollen zuerst einmal wahr genommen werden. Dies kann nur im Kleinen vor Ort passieren und wird beispielsweise nicht durch eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten erreicht – schon gar nicht in solchen politikfernen Milieus. Die Bürgerinnen und Bürger haben gespürt: Der Ministerpräsident sieht mich. Schon alleine das war ein elementares Ergebnis des Dialogs.

Fazit: Bürgerinnen und Bürger brauchen eine andere Form der politischen Kommunikation. Das gilt insbesondere für die „Leisen“: Niederschwelliger, konkreter und mit Resonanz.

Dass die Teilnehmer weiterhin mit Motivation und Enthusiasmus an den Projekten sich beteiligen und weiterführen. Die Herausforderung besteht ebenfalls darin die Verantwortlichen mit ins Boot zu holen, wie z.B. die Kommune oder das Land. Aber ebenso benötigen wir weitere ehrenamtliche Bürger oder Vereine, die diese vielen verschiedenen Projekte unterstützen. Nur wenn die Teilnehmer Ergebnisse sehen werden, werden sie mit Begeisterung am Ball bleiben.

Özlem Akgün
Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn

Beispiele, Themen, Antworten und Ergebnisse

Bürgerbeteiligung, so auch die Nachbarschaftsgespräche, sind kein Wunschkonzert, bei dem alle Vorschläge und Ideen der Bürgerinnen und Bürger eins zu eins umgesetzt werden können. Mit dem Beteiligungsprozess in Pforzheim ist es aber sehr eindrücklich gelungen, eine Antwortfähigkeit der Verwaltung zu entwickeln, ob auf kommunaler Ebene oder auf Landesseite. Das bedeutet, dass es von der Verwaltung zeitnah eine qualitative Antwort gibt, ob zustimmend oder ablehnend. Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Ergebnisse und Antworten der Pforzheimer Nachbarschaftsgespräche als Erfolg eines gelungenen Zusammenspiels zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der zuhörenden Politik und der handelnden Verwaltung sehr positiv zu sehen. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit den Nachbarschaftsgesprächen wird dieses neue Format ab Dezember 2017, gemeinsam von der Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung und dem Ministerium für Soziales und Integration in einem eigenen Förderprogramm für das Land Baden-Württemberg multipliziert und in die Fläche gebracht.

Beispiele - Themen

Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn

1. Angebote für Jugendliche
2. Erhalt der weiterführenden Schule
3. Gelebte Familienfreundlichkeit
4. Mehr Betreuungsangebote für Kindergarten- und Schulkinder

5. Mehr Fahrradwege
6. Mehr Sport- und Bolzplätze
7. Sicherung der Schul- und Kita-Wege
8. Sterben der Vereine
9. Umgehungsstraße L562
10. Zuwenig günstiger Wohnraum insbesondere für junge Familien

Nachbarschaftsgruppe Haidach

1. Baumarkt in der Nähe
2. Barrierefreiheit des öffentlichen Raums (beispielsweise Tiergartengebiet)
3. Bessere Sicherung der Schulwege
4. Jugendarbeit
5. Mehr Cafés/Restaurants (Tiergarten)
6. Mehr Gartengrundstücke
7. Kinderarzt
8. Timm-dich-Pfad (Hagenschießwald)
9. Veranstaltungsräume ab 200 Personen
10. Zusätzliche Parkmöglichkeiten (Hagenschießsiedlung)

Nachbarschaftsgruppe Oststadt

1. Apotheke und mehr Einkaufsmöglichkeiten
2. Aufwertung der Park- und Grünanlagen
3. Durchfahrtsverbot für LKWs
4. Erhalt des Emma-Jaeger-Bades
5. Erhalt und Pflege historischer Bausubstanz
6. Folgen des A8-Ausbaus
7. Mehr Angebote für Kleinkinder
8. Mehr Kulturveranstaltungen und Angebote
9. Verkehrsberuhigung
10. Zu viele Casinos

Nachbarschaftsgruppe Weststadt

1. „Indoor-“ und „Outdoor-“ Spiel- bzw. Bewegungsplätze für alle Altersgruppen (Kleinkinder bis Senioren)
2. Öffentliche Toiletten
3. Mehr Parkmöglichkeiten
4. Mehr Angebote zur Unterstützung der Integration von Neubürgern/Geflüchteten
5. Mehr Unterstützung für benachteiligte Personen
6. Mehr Begegnungsmöglichkeiten
7. Verkehrsberuhigung
8. Verschmutzung des öffentlichen Raums
9. Soziale Lage
10. Stadtteilsprecher/in

Beispiele, Antworten und Ergebnisse

Land

- › alle vier Stadtteile erhalten für die unmittelbare Weiterarbeit ein Kleinbudget.
- › **Büchenbronn:** Kontakt hergestellt zum Regierungspräsidium Karlsruhe bezüglich der Ortsumgebung. Antworten zur Schulentwicklungsplanung
- › **Oststadt:** Kontakt zum Regierungspräsidium Karlsruhe hergestellt wegen Begleitkreis zum Ausbau der A8, Transparenz und Information zum Themenbereich Spielhallen
- › **Weststadt:** Hinweis auf Fördermittel aus dem Pakt für Integration in den Kommunen zur Weiterführung der Nachbarschaftsgespräche, Vermittlung des 100.000 € Förderprogramms zur Kinderarmut über das Sozial- und Integrationsministeriums
- › **Haidach:** Anknüpfungspunkt zur kommunalen mobilen Jugendarbeit und Fördermittel aus dem Pakt für Integration

Kommune

- › Treffen der Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und der Stadtverwaltung
- › Einbringung der Themen in die Gemeinderatssitzung
- › Erstellung einer Broschüre über die Nachbarschaftsgespräche
- › Entwicklung eines standardisierten Bürgerbeteiligungsformates
- › Aufsuchende Jugendarbeit wurde ergänzt
- › Angebote für Kleinkinder wurden im Pforzheimer Spiel- und Freiflächenkonzept verstärkt
- › Ausschöpfung sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten für geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen (insbesondere vor Kitas, Schulen)
- › Bürgermentorenkurs als Unterstützung zur Umsetzung der entstandenen Projektidee
- › Einbeziehung von Anregungen beim Konzept „Sicheres und sauberes Pforzheim“ (Identifikation von sog. Angsträumen)
- › Neue Sitzbänke in Parks
- › Optimierung des Pforzheimer Busverkehrs
- › Straßenübergänge wurden gesichert
- › Verbesserung des Radverkehrs

Teilnehmer/Innen der Nachbarschaftsgruppen

- › Bürgerbegegnungsstätte für neu zugezogene und ältere Mitbürger und Treff der Kulturen in Büchenbronn
- › Stadtpaziergänge von Bürgern für Bürger
- › Stadtteilgespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zur Themensammlung
- › Teilnahme an Stadtteilspaziergängen
- › Urban Gardening

Die Top 10 für gelingende Nachbarschaftsgespräche

Im Zuge der Reflexion der Nachbarschaftsgespräche in Pforzheim konnten verschiedene Faktoren und Vorgehensweisen identifiziert werden, die ursächlich zum Erfolg beigetragen haben und sich in jeder Kommune als Grundregeln auf weitere Dialoge dieser Art übertragen lassen.

1. Die kommunale Koordination vor Ort läuft in der Regie des Oberbürgermeisters oder einem ausgewählten Bürgermeister/einer Bürgermeisterin. Gemeinsam wird insbesondere die Themenfeldanalyse für den Beteiligungsprozess entwickelt.
2. Die operative Umsetzung sollte im Bereich Bürgerengagement liegen - in Kooperation mit der Integrationsbeauftragten und der Stelle für Öffentlichkeitsarbeit.
3. Die Bürgerschaft, die Verwaltung und die Politik werden fortlaufend über den Prozess informiert und immer wieder zu Treffen eingeladen.
4. Vorhandene Quartiersarbeiter sind in die Durchführung und Moderation der Nachbarschaftsgruppen aktiv einzubinden.
5. Für den Gesamtprozess wird eine Begleitgruppe eingerichtet, die insbesondere auf das Verfahren schaut, nicht jedoch auf die Inhalte. Diese wird vor Ort aus Akteuren der Verwaltung, des Gemeinderats, Initiativen, Einrichtungen, Organisationen und zufällig ausgewählten Bürgergerinnen und Bürgern gebildet. Sie begleitet und plant den Prozess unter neutraler Moderation. Sie wird durch einen Workshop auf die Aufgaben vorbereitet und fortlaufend durch Experten beraten und begleitet.
6. Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Nachbarschaftsgespräche werden „Zufallsbürger“ aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt, eingeladen und beteiligt. Ergänzt durch eine begrenzte Anzahl bekannter aktiver und engagierter Bürgerinnen und Bürger und möglicherweise den neuen Integrationsmanagern und Geflüchteten.
7. Die Gespräche müssen in einem absehbaren Zeitraum, in einer vereinbarten Folge an mindestens drei aufeinanderfolgenden Terminen sowie an Orten stattfinden, die den Teilnehmern vertraut bzw. gut erreichbar sind.



8. Für die Umsetzung der im Nachbarschaftsgespräch erarbeiteten Projekte sollte den Antragsstellern ein Kleinbudget zur Verfügung gestellt werden. Damit wird die Selbstwirksamkeit der Nachbarschaftsgespräche entfacht. Gemeinsam mit der Begleitgruppe beraten die Nachbarschaftsgruppen und entscheiden, welche Projekte unmittelbar umgesetzt werden sollen.
9. Am Ende des Beteiligungsverfahrens soll eine „Antwortrunde“ auf alle offenen Fragen mit der Verwaltung (Amtsleitungen, Fachkräfte)/Politik stattfinden im Sinne eines „Speeddatings“, so dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Fragen vorbringen können. Fragen, die nicht sofort beantwortet werden können, werden in einem klar benannten Zeitraum nachgeholt (Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit sind wichtig!)
10. Die Bürgerinnen und Bürger hatten die Möglichkeit, ihre Anliegen und Ideen in öffentlicher Sitzung dem Pforzheimer Gemeinderat vorzustellen. Dabei wurde deutlich, dass es oft die kleinen Dinge und Projekte sind, an denen die Zufriedenheit hängt. Es zeugt von echter Wertschätzung, wenn der Oberbürgermeister und die Bürgermeisterin die Stadtteilgruppen einladen, ihnen ein eigener Tagesordnungspunkt gewidmet ist und sie am Rednerpult und Mikrofon ihre Projekte vorstellen dürfen und alle Gemeinderatsfraktionen dazu Stellung beziehen. Die Fortsetzung und räumliche Ausweitung kann damit auf den Weg gebracht werden.

Heimat, Nachbarschaft und Engagement

Prof. Dr. Frank Brettschneider, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Unsere Gesellschaft ist geprägt durch ständigen und beschleunigten Wandel. Daraus ergeben sich Ungewissheiten – etwa, was die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes betrifft, oder das Mietverhältnis, in dem jemand wohnt. Globalisierung, Digitalisierung – dies alles stellt uns vor Herausforderungen. Einige von uns empfinden sie als Bedrohung. Vor diesem Hintergrund wächst der Wunsch nach Heimat und Geborgenheit.

Wandel und Heimat hängen zusammen. Wo sich das Leben teilweise rasant verändert, da braucht es auch Anker und Verlässlichkeit.

Ein wesentlicher Anker ist die eigene vertraute Nachbarschaft, in der wir leben. Heimat bedeutet für die meisten, von Menschen umgeben zu sein, die man mag (für 88 % trifft dies zu). Hinzu kommen Vertrautheit (83 %), das Zuhause (80 %), die Muttersprache (76 %) und Sicherheit (72 %). Heimat hängt zudem mit regionaler Verbundenheit zusammen. Der Anteil der Menschen, die sich mit ihrer Region verbunden fühlen, ist in ländlichen Gegenden am größten (62 %), in Vororten von Städten hingegen am kleinsten (53 %).

Regionale Verbundenheit schlägt sich auch in ehrenamtlichem Engagement nieder. Es gibt viele Möglichkeiten, sich in seiner Freizeit für andere Menschen oder eine Sache zu engagieren: im Sport (hier haben 14 % der Menschen eine ehrenamtliche Aufgabe übernommen), im Sozialen (10 %), in Kultur und Musik (8 %), in einer Kirche (7 %), im Bildungsbereich (7 %), in der Politik (5 %) oder bei der Freiwilligen Feuerwehr (2 %). Dort wird Nachbarschaft ganz praktisch und konkret gelebt.

Allerdings haben zahlreiche Menschen nicht die Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Oder ihnen fehlt das Selbstbewusstsein, dies zu tun. Aber auch sie machen sich Gedanken darüber, wie sie mit anderen in ihrem Stadtteil zusammenleben wollen, wen sie sich als Nachbarn wünschen und wie sie sich das Zusammenleben vorstellen. Das zu besprechen, Träume, Sorgen und Ideen miteinander auszutauschen, ist wichtig. Die Nachbarschaftsgespräche bieten eine Gelegenheit für diesen Austausch. Dabei müssen auch jene gehört werden, die leise sind, die von sich aus nicht den Weg in die Öffentlichkeit gehen.



Dazu müssen Politik und Verwaltung zu ihnen hingehen. Sie müssen von sich aus das Gespräch mit ihnen suchen. Und es bedarf eines Gesprächs sowohl mit den ehrenamtlich Engagierten als auch mit den stillen Menschen im Land. Die zufällige Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern stellt dies sicher. Diesem Prinzip folgen die Nachbarschaftsgespräche der Landesregierung. Das ist ein guter Weg zu mehr Miteinander und weniger Gegeneinander.

Die Nachbarschaftsgespräche sind ein guter Draht zwischen der Politik und der Bevölkerung. Wir sollten die Nachbarschaftsgespräche dazu nutzen, den Menschen die Politik wieder näher zu bringen. Nur die Menschen wissen, wie und was in ihren Stadtteilen zu verbessern wäre und welche Probleme anstehen.

*Olga Weininger
Nachbarschaftsgruppe Haidach*

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

der Nachbarschaftsgruppen und Begleitgruppe

Nachbarschaftsgruppe Büchenbronn

Akgün	Özlem
Barth	Sandra
Bickel	Jörg
Burkhardt	Ines
Burkhardt	Mirijam
Dittmann	Maria
Exler	Daniel
Gojny	Nada
Hess	Dietlinde
Meeh	Rainer
Rennung	Stephanie
Rittmann	Marianne
Schmidt	Jutta

Nachbarschaftsgruppe Haidach

Böhler	Maria
Dr. Augenstein	Jörg
Fuhrmann	Dirk
Fuhrmann	Kirstin
Gropp	Jochen
Gropp	Olga
Hansch	Viktor
Heck	Astrid
Meser	Waldemar
Weininger	Olga
Wieczorkowski	Leopold
Wieczorkowski	Angelika

Die Nachbarschaftsgespräche haben gezeigt, dass der direkte Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Politik und Verwaltung gut funktionieren kann.

Die Gespräche haben immer in einer konstruktiven und guten Atmosphäre stattgefunden.

Es ist wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, Anliegen zu platzieren und zwar nicht nur anonym, sondern im direkten Austausch. Umgekehrt ist es gut, wenn die Verwaltung auch direkt zu konkreten Fragen oder Anregungen Stellung nehmen kann. So lässt sich das eine oder andere aufgreifen und umsetzen und – ganz wichtig – Verständnis schaffen, weshalb etwas schwierig umzusetzen ist oder auch mal etwas länger dauert.

Konkret haben die Nachbarschaftsgespräche mehrere Dinge angestoßen. Wir haben parallel an einem Spiel- und Freiflächenkonzept gearbeitet. Hier haben die Fragen nach Spielmöglichkeiten für Kleinkinder dazu geführt, dass wir uns diesen Punkt noch einmal genau angeschaut haben und zukünftig etwa bei der Erneuerung von Schaukeln und anderen Spielgeräten darauf achten werden, dass z.B. mehr Kleinkindschaukeln angeschafft werden. Die im Haidach geforderte aufsuchende Jugendarbeit, findet mittlerweile statt. Auch hier gab es schon Planungen, aber die Nachbarschaftsgespräche haben diesen Prozess noch einmal unterstützt. Gleiches gilt z.B. für geforderte Verkehrsberuhigungen oder die Klage über zu viele Spielkasinos, die in den Gesprächen diskutiert wurden. Auch hier gab es aufgrund gesetzlicher Veränderungen schon Planungen; die Nachbarschaftsgespräche haben für eine zusätzliche Aufmerksamkeit gesorgt und zur Umsetzung beigetragen.

Wir waren uns alle nicht ganz sicher, wie Gespräche mit einer zufällig ausgewählten Gruppe von Menschen aus Pforzheim genau ablaufen würden; aber das hat wirklich sehr gut funktioniert. Ich glaube, dass man dies in regelmäßigen Abständen in unterschiedlichen Stadtteilen machen könnte. Und es ist überhaupt nicht schlimm, wenn die Menschen nach einigen Treffen wieder auseinandergehen; wichtig ist, dass die Möglichkeit zum direkten Austausch besteht, dass offen miteinander gesprochen wird und dass deutlich wird, es bewegt sich etwas – vielleicht nicht überall wo gewünscht, aber doch an mancher Stelle.

Joachim Hülsmann
Begleitgruppe

Nachbarschaftsgruppe Oststadt

Blasini	Bakir
Bleiziffer	Rainer
Celcuk	Cafer
Himpel	Renate Edith
Ioannidis	Andrea
Ioannidis	Theodor
Kleitsch	Stefanie
Klotz	Magdalena
König	Martina
Mutlu	Abdulselam
Schneider	Thomas
Tasdemir	Yesim
Weitz	Lydia
Yildirim	Beyzade

Nachbarschaftsgruppe Weststadt

Akter	Shimul
Bobin	Kalerija
Bürkle	Harald
Bürkle	Olga
Dnane	Afrah
Dyab	A.Amin
Haracic	Hajrija
Hussain	Meniva
Link	Elena
Malla Mohamad	Mohamad Djwar
Petermann	Rudolf
Rachid	Reem
Shekhoms	Dozdar
Sinzenich	Fritz
Staib	Heiner
Steuer	Petra

Begleitgruppe

Baron-Cipold	Barbara	Bürgerhaus Buckenberg-Haidach
Bleiziffer	Rainer	Nachbarschaftsgruppe Ost
Bley	Liane	Internationaler Beirat
Dienger	Sandra	Stadt Pforzheim, Dezernat I
Drescher	Angelika	Stadt Pforzheim, Kulturamt
Gondek	Anita	Stadt Pforzheim, Jugend- und Sozialamt
Hess	Dietlinde	Bürgerverein Dillweißenstein
Hötzer	Ute	Paritätischer Kreisverband
Hülsmann	Joachim	Stadt Pforzheim, Jugend- und Sozialamt
Maier	Reinhard	Stadt Pforzheim, Amt für Stadtplanung, Liegenschaften und Vermessung
Müller	Monika	Bürgermeisterin für Bildung, Sport, Jugend und Soziales
Ngoubamdjum	Martin	Afrika-Präsenz
Pigisch	Carola	Stadt Pforzheim, Jugend- und Sozialamt
Rittmann	Marianne	Ortschaftsrätin Büchenbronn
Schröder	Eva	LukasZentrum
Silberborth	Gabriele	Familienzentrum Ost
Sonnleitner	Katrin	Hochschule Pforzheim
Strohmayr	Michael	Stadt Pforzheim, Dezernat I
Weitz	Lydia	Nachbarschaftsgruppe Ost
Wezel	Hannes	Staatsministerium Baden-Württemberg
Will	Jürgen	Volkshochschule Pforzheim-Enzkreis



Stadt Pforzheim
Marktplatz 1, 75175 Pforzheim
www.pforzheim.de



Baden-Württemberg

Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart
www.stm.baden-wuerttemberg.de